

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 19. Februar 2026

Anfrage

Papierverschwendung einstellen – digitale Stadtratsarbeit voranbringen

Der Oberbürgermeister soll die Verwaltung beauftragen, ab Beginn der neuen Legislaturperiode Anträge von Parteien und Fraktionen grundsätzlich nicht mehr in Papierform zu versenden. Stadträt*innen sollen Unterlagen nur dann in Papierform erhalten, wenn sie dies ausdrücklich wünschen und entsprechend bestellen.

Auch das Amtsblatt soll künftig nicht mehr automatisch an alle verschickt werden. Es soll nur noch auf ausdrückliche Anforderung in Papierform zugestellt werden.

Bei Beschlussvorlagen soll zudem abgefragt werden, ob eine Papierfassung gewünscht ist oder ob die digitale Version ausreicht.

Begründung

Ehrenamtliche Stadträt*innen erhalten bis zu drei Mal pro Woche Unterlagen für ihre Arbeit. Das ist richtig und wichtig, damit sie sich gründlich einlesen und vorbereiten können, insbesondere bei Beschlussvorlagen.

Allerdings muss nicht jedes Dokument in Papierform verschickt werden. Für Beschlussvorlagen in den Ausschüssen kann ein Ausdruck sinnvoll sein, etwa für eigene Notizen. Es stellt sich jedoch die Frage, warum alle Anträge sämtlicher Fraktionen für alle Stadträt*innen ausgedruckt werden. Diese Anträge sind ohnehin in der Rathaus-Umschau veröffentlicht und digital abrufbar.

Seit dem 1. Mai 2020 wurden mehr als 7.600 Anfragen und Anträge gestellt. Wenn jedes dieser Dokumente mindestens 80-mal ausgedruckt wird, ergibt das rund 610.000 Blatt Papier.

Übereinandergestapelt entspricht das einer Höhe von etwa 60 Metern. Da viele Anträge mehrere Seiten haben oder im A3-Format gedruckt werden, ist die tatsächliche Menge sogar noch deutlich größer. So entsteht pro Legislaturperiode ein unnötiger Papierberg – in einer Größenordnung, die an die Höhe der Frauenkirche heranreicht.

Zwar kann die Papierzustellung schon heute eingeschränkt werden, doch nur wenige Stadträt*innen nutzen diese Möglichkeit. Der Antragsteller ist hier keine Ausnahme. Eine Umstellung vom Prinzip des aktiven Abbestellens hin zum aktiven Bestellen würde deutlich mehr Nachhaltigkeit schaffen. Gleichzeitig würde sie den städtischen Haushalt spürbar entlasten.

Thomas Lechner, Stadtrat